

02.05.2008

Fulvio Vassallo Paleologo - Università di Palermo

Wieder konnten Flüchtlinge aus Libyen losfahren: Erpressungspolitik und die Verteidigung der Menschenrechte

In den letzten Apriltagen haben mehr als 1000 Flüchtlinge, die aus Libyen losgefahren waren, Lampedusa erreicht. Einige Hundert sind auch an den Küsten Siziliens gelandet. Auch die ersten Toten sind zu verzeichnen, einige Flüchtlinge werden vermisst. Sofort sind Umverteilungsprozeduren in Gang gesetzt worden, um das Auffanglager auf Lampedusa zu entlasten. Eine Gruppe von 50 Flüchtlingen wurde auf einer Linienfähre nach Porto Empedocle eingeschifft, und von dort werden sie sicher in die Zentren auf Sizilien verteilt. Weitere 200 wurden mit zwei Spezialflügen der Präfektur Agrigento nach Bari gebracht, ins dortige Abschiebungslager. Im Auffanglager auf Lampedusa, im Orsteil Imbriacola, befanden sich am 1. Mai immer noch ca. 700 Menschen.

Zum ersten Mai sind im Hafen Lampedusas dann noch einmal 234 Flüchtlinge angekommen, die auf einem 15 Meter langen Boot 15 Seemeilen südlich Insel aufgebracht worden waren. Das Boot wurde von der Küstenwache in den Hafen geleitet. An Bord befanden sich 42 Frauen, drei von ihnen schwanger, und fünf Kinder. Die Flüchtlinge kommen aus Somalia, Eritrea, Ghana und Nigeria. Es handelt sich also immer noch um so genannte „gemischte Migration“, wie es auch die UNHCR schon seit langem bestätigt: potentielle Asylsuchende kommen gemeinsam mit Notstandsflüchtlingen. Einige kommen auch direkt auf Lampedusa an, sie wurden erst nach dem Landgang entdeckt, sie waren 200 Meter vom Hafen entfernt angelandet, noch einmal 40 Flüchtlinge. Ein weiteres Schlauchboot wird in 26 Seemeilen Entfernung südlich der Insel gemeldet. Wieder andere kamen direkt an der sizilianischen Küsten bei Pozzallo an, sie waren, wie immer in solchen Fällen, durch maltesische Gewässer gefahren.

Die neuen massiven Ankünfte aus Libyen, kurz nachdem der Staat im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Bombardements Israels auf den Gazastreifen angeprangert hatte (...), sind nicht nur durch die besseren Wetterbedingungen zu erklären, die die Überfahrt dieser Boote voller Hoffnungsloser erleichtern. Es scheint mehr als deutlich, dass Libyen, in einem Moment, in dem es erneut die internationale Isolation riskiert, wie üblich mit erpresserischen Methoden reagiert, die auf dem Rücken der illegalen MigrantInnen ausgetragen werden, die Richtung Europa zu fliehen versuchen. Die eiserne Kontrolle der libyschen Polizei bei der Überwachung der libyschen Häfen, gepaart mit dem diffusen System der Korruption, die kriminelle Organisationen mit der Polizei verbindet (...), erlaubt es der Polizeiführung Ghaddafis, die Bewegungen der irregulären MigrantInnen zu händeln, in dem man die Türen der Flüchtlingslager öffnet und schließt, wie es politisch gerade passt. So hat sich gezeigt, dass die Ankünfte nach dem Abschluss des Abkommens zwischen Italien und Libyen Ende 2007 überhaupt keine Eritreer mehr unter den potentiellen Asylsuchenden zu finden waren. Als Libyen sich jedoch über die Bombardements auf den Gazastreifen äußerte und eine diplomatische Krise auslöste, kamen wieder Flüchtlingsboote an, als hätten sich die Polizeikontrollen in Luft aufgelöst.

Das Ende 2007 unterzeichnete Abkommen mit Italien sah vor: „Operative Einsatzzentralen und gemeinsame Monitoring-Systeme, um gegen die illegale Migration mit dem Einsatz von italienischen Marineeinheiten in libyschen Gewässern vor der libyschen Küste vorzugehen. Eingesetzt werden sollen 6 Boote der Guardia di Finanza, davon einige der neuesten Modelle, die mit Besatzungen aus Libyen und Italien die MigrantInnen in die Ausgangshäfen zurückschieben sollen.“ Mehr als 7 Mio Euro wurden für diesen Einsatz der Guardia di Finanza bereitgestellt. Das in Tripolis unterzeichnete Protokoll sieht außerdem vor, dass Italien weitere Initiativen auf europäischer Ebene vornimmt, um die Mechanismen für den „Krieg gegen die illegale Migration“ in Gang zu setzen, wie z.B. die Grenzschutzagentur Frontex. Im selben Protokoll sind „Kommandoketten“ - also Zuständigkeiten und Befehlsgewalten - festgehalten, die sehr bürokratisch und wenig funktional wirken, vor allem in Hinblick auf die Operationen von Frontex und der Erhöhung des Budgets von 30 auf 70 Mio in 2008. Man fragt sich, ob dieser hohe finanzielle Einsatz wirklich lohnt. In 2007 wurden 11.476 Flüchtlinge durch Frontex auf See

„aufgehalten“, in 2006 waren es 23.438. Nach Ansicht der Sicherheitsbürokraten aus Brüssel und Warschau ein totales Scheitern.

Auf Grundlage des in Libyen im Dezember 2007 unterzeichneten Abkommens wird „die Leitung und die Koordinierung der ausbildungstechnischen und operativen Aktivitäten der Meerespatrouillen einem übergreifenden Einsatzkommando übertragen, dass in einer „geeigneten Struktur“ in Libyen angebunden werden soll.“ Der Verantwortliche wird ein von den libyschen Behörden ausgesuchter „qualifizierter Vertreter“ sein. Der Vizekommandant, der die täglichen Einätze koordiniert (mit seiner eigenen Mannschaft) wird von der italienischen Regierung benannt. Zu den Aufgaben des Länder übergreifenden Einsatzkommandos gehören Fort-/Ausbildung und Patrouillen, die „Befehlsgewalt bei notwendigen Einsätzen, wenn Boote gesichtet werden und/oder Boote mit Illegalen aufgebracht werden; Absprachen mit den zuständigen italienischen Behörden und die Möglichkeit, italienische Schiffe, die auf Lampedusa stationiert sind, um Mithilfenim Anti-Immigrationskampf zu bitten.“ Trotz der klaren Abmachungen im Abkommen sind es die italienischen Einsatzkräfte, die weiterhin Schiffbrüchige retten, nachdem sie mehrfach erfolglos versucht haben, die Libyer zu einem Rettungsmanöver zu bewegen.

Die zeitweiligen Frontex-Operationen haben sich als reine Schiffsübungsmanöver entpuppt, reichlich entlohnte Experten und Beobachtern erklären, worum es geht, aber nur in wenigen Fällen ist es zu wirklichen Zurückschiebungen und zu Blockaden auf See gekommen. Alle erinnern sich gut daran, was ein „fermo di natanti“ – ein Stoppen der Boote auf See bedeutet: Dutzende von Toten und immer noch laufende Prozesse gegen die Kapitäne. Nur die Fälle der Militärs, die angeklagt wurden, sind schnell beigelegt worden, die Prozesse gegen Zivilisten, die gerettet haben, laufen weiterhin. Eine Justiz mit zwei verschiedenen (Geschwindigkeits-) Maßstäben.

Die Rückübernahme oder die kollektiv Zurückschiebung von MigrantInnen auf See in Staaten, die die grundlegenden Menschenrechte nicht achten und in denen sie Opfer von menschenunwürdigen und unmenschlichen Verbrechen werden könnten, sind laut Art. 3 der Menschenrechtskonvention strikt untersagt. Auch ist eine Zurückschiebung in Staaten, in denen der Zugang zum Asylverfahren laut Genfer Flüchtlingskonvention nicht ermöglicht wird, untersagt. Libyen hat diese nicht unterzeichnet (...). Auch die UNCHR und andere Menschenrechtsorganisationen können ihre Schutzfunktionen in Libyen nicht so ausführen wie in Ländern, die die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben (...) Bleibt das sehr konkrete Risiko - wenn nicht sogar die Sicherheit - , dass in den gemischten Einsätzen bei den Patrouillen auf See oder bei den Einsätzen der EU-finanzierten RABIT-Teams von Frontex weitere Opfer zu beklagen sein werden, und weitere Abschiebungen oder kollektive Zurückweisungen nach Libyen und von dort aus weiter in die Herkunftsländer zu erwarten sind.

Die Internationale Konvention zur Sicherheit des Lebens auf See von 1974 (SOLAS) verpflichtet zur Seenotrettung, ohne nach Nationalität oder Status zu unterscheiden. Sie verpflichtet zur ersten Hilfe und zur Verbringung in einen sicheren Hafen. Ein sicherer Hafen ist nach internationalem Seerecht nicht nur ein Ort, an dem die Sicherheit der Überlebenden und die erste Versorgung gewährleistet ist, sondern auch ein Ort, an dem ein Asylsuchender einen vollen Zugang zum Asylverfahren im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 erhält und von wo er laut des non-refoulements-Verbots, des Zurückschiebungsverbots, (Art. 33 der GFK) nicht zurückgeschoben werden darf.

Wir fürchten, dass die neuen italienische Regierung mit Frattini, dem Vize – Kommissar der Europäischen Kommission und baldigem Außenminister Italiens, die Verhandlungen mit den Diktatoren Nordafrikas wieder aufnehmen wird, um sie in den „Krieg“ gegen die irregulären MigrantInnen einzuspannen. Wir können die Rückübernahmeabkommen und die Kooperationsabkommen nur immer wieder verurteilen und die Rechte der Opfer vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof erstreiten.

Die internationale öffentliche Meinung wird weiterhin über die Tragödien informiert werden, die die Zurückschiebungspolitik und die Verlagerung der Grenzkontrollen durch die „demokratischen“ Staaten Europas und damit auch Italiens verursachen (siehe hierzu

www.fortresseurope.blogspot.com). Aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre ist es kaum zu erwarten, dass die neuen Abkommen zwischen Italien und Libyen oder die gemeinsamen europäischen Frontex-Einsätze wirklich zu ihrem Ziel führen, der von kriminellen Vereinigungen organisierten irreguläre Migration etwas entgegen zu setzen und zeitgleich das Leben der irregulären MigrantInnen auf See zu retten und die Menschenrechte zu wahren.

Ohne einen effektiven Schutz und die Möglichkeit der Anerkennung als politischer Flüchtling in den Transitländern und ohne eine legale Einreisemöglichkeit zu Arbeitszwecken ist das Schlimmste für den Kanal von Sizilien, zwischen Libyen, Tunesien und Italien, zu erwarten. Weitere Monate der Tragödien. Weitere Männer, Frauen und Kindern, die zu Opfern der Antimigrationspolitik werden.

Aus dem Italienischen von Judith Gleitze
